

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 66, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhof 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Gelbfirgasse 6/7 bis 8 Uhr. Verleger: Dornbros-Verlag GmbH, Berlin SW. 66, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhof 292 - 297

Verzweiflungskampf der Glasschleifer

Hungerrevolten im Tier- und Riesengebirge.

Aus Gablung wird uns berichtet: Das Los der Glasschleifer im böhmischen Tier- und Riesengebirge ist furchtbar; selbst in den tschechischen Gegenden. Die Glasschleifer leben seit Jahr und Tag der Verdrängung ihres Handwerks durch die Maschine entgegen und damit dem gänzlichen Ruin ihrer karglichen Existenz.

Die Glasschleiferei wird durch die Schmirgelindustrie lahmgelegt. Und damit werden Tausende von Arbeiterfamilien, in denen sich durch Generationen hindurch die Kunstfertigkeit der Glasschleiferei herausgebildet, dem Hunger ausgeliefert.

Die durch den technischen Fortschritt begünstigte Herstellung der Schmirgelware kann zwar in keiner Weise den Vergleich mit der weltberühmten Gablonzer Schleifware aushalten, allein sie spricht ihrer Billigkeit wegen größeren Absatz und damit mehr Profit, weshalb sie von dem größten Teil der Fabrikanten vorzugsweise hergestellt und von frustrierten Händlern gern gekauft wird, die sie den unfundigen Käufern als gleichwertige, weil billigere Ware aufschwätzen. Der Wert der Gablonzer Glasware wird aufs Spiel gesetzt. Bedenkt man, daß in einem ganzen Wagon Schmirgelware nicht so viel Handarbeit und Wert steckt, wie in einer einzigen Kunstschliffwaare, so weiß man, welches Los der Arbeiterschaft, die ohnehin unter Jammerlöhnen leidet, blüht. Man wird freilich bei dem Fortschritt der Technik den Siegeslauf der billigen Schmirgelware um so weniger aufhalten können, als weniger leistungsfähige Kreise die Schmirgelware vorziehen. Andererseits ist erwiesen, daß das Ausland, das ja hier die Hauptrolle spielt, noch sehr viel Aufträge für gute Schmirgelware erteilt und die minderwertige Schmirgelware zurückweist.

Die Arbeiterverbände haben in einer großen Demonstrationssammlung der letzten Woche, zu der sich Tausende wie Deutsche eingefunden hatten und bei welcher Tausende demonstrierten, gefordert, daß die Regierung ein Gesetz erlasse, zum mindesten aber — und das müßte selbstverständlich Unternehmern einfließen — eine Übergangszeit geschaffen werde, damit die Hunderte und Tausende von Familien

nicht von heute auf morgen auf die Straße liegen; denn für die Schmirgelware benötigt der Erzeuger die kunstgeübten Arbeiterhände nicht mehr, hier arbeitet Maschine und Form.

Der Demonstration folgten Kusperrungen, Streiks und Sympathiestreiks, doch schloß die Woche in Ruhe.

Aber die Sorge um ihr tägliches Brot trieb die Arbeiter wiederum auf die Straße. Etwa 1000 Mann stark zogen die Glasschleifer von Oberlannau über Tannwald bis Morchenstern zu den Betrieben hin, in denen die Schmirgelware hergestellt wird. Sie forderten die Einstellung der Arbeit und als diese verweigert wurde, ließen sie sich dazu hinreißen, die Lager zu stürmen und die Vorräte an Schmirgelwaren auf die Straße zu werfen.

Die Fabrikanten, die die Gendarmerie herbeiholten, schrien über Plünderungen. Davon kann jedoch keine Rede sein. Den empörten Arbeitern ist es nicht eingefallen, auch nur ein Stück des von ihnen verachteten und ihnen verdachten Blunders in die Tasche zu stecken. Sie sind in ihrem Eifer stolz darauf, daß ihrer Geschicklichkeit der Gablonzer Kunstschleiferei zum Vorwurf verholten hat. Es lag ihnen durchaus fern sich an den Schmirgelwaren etwa zu bereichern. In allen Orten wurde durch unbesonnene Elemente Schaden angerichtet durch Zerstörung der Schundware, doch die Werkstatteinrichtungen ließen sie gänzlich unberührt. Binnen drei Stunden war die Wut ausgelebt.

Der bedauerliche Vorgang wird wohl dazu benützt werden, einige der armen Teufel unter Anzeige zu stellen. Er müßte jedoch als Mahnung dienen, den Glasschleifern zu helfen, anstatt ihre Verzweiflung auf die Spitze zu treiben.

Ist auch der technische Fortschritt nicht aufzuhalten, so muß doch dafür gesorgt werden, daß ihnen die Glasschleifer nicht unermittelt zum Opfer fallen. Uebrigens zeigt sich, daß die Fabrikanten, die die Schmirgelherstellung ablehnen, noch Aufträge genug haben. Doch die Tragödie, die sich hier vollzieht, ist nicht mehr aufzuhalten. Ihre schlimmsten Schäden aber müßten von den Schleiferfamilien abgewendet werden. Mit Polizei und Gerichten läßt sich das nicht machen.

Der Wahlrechtskampf in Polen.

Die Pläne der Regierung.

T. L. Warschau, Ende März.

Die Mandatsdauer der demokratisch gewählten Volksvertretung in Polen, des Sejm, läuft in wenigen Monaten ab. Die gegenwärtige Session ist plötzlich geschlossen worden. Es sind Gerüchte aufgetaucht, die Regierung beabsichtige, die Mandatsdauer um ein oder sogar zwei Jahre zu verlängern, weil die Regierung, die den Waisputsch Pilsudskis ihre Macht verdankt und sich während ihres einjährigen Bestehens eine genügende Stütze noch nicht errungen habe, befürchten müsse, daß die Wahlsicht für die Opposition, das sind in diesem Falle sowohl die im Mai zu Fall gebrachten Rechtsparteien, als auch die nach dem Mai schwer enttäuschten Linksparteien, ungleich besser seien als für die Regierungsanhänger, die fast ausschließlich aus dem Militär und was sich dazu rechnet, bestehen. Zwar ist der Waisputsch durch das Parlament legalisiert worden, doch geschah dies unter unerkennbarem Terror, und eine wirkliche moralische Billigung und Anerkennung Pilsudskis als Machthaber müßte erst von einem neuen Parlament und hinter ihm stehenden breiten Volksmassen ausgehen — woran Pilsudski, als dem besten Mittel, seine Macht für dauernd zu festigen, natürlich in höchstem Maße gelegen ist.

Die Gerüchte über die Mandatsverlängerung hat jedoch die Regierung selbst in bestimmter Absicht verbreitet, und zwar zu Zeitpunkten, als irgendwelche Regierungsmassnahmen auf den Widerstand des Parlaments stießen, und um diesen Widerstand zu brechen, indem man nämlich den Abgeordneten bei Bewilligung der Regierungsforderungen Verlängerung der Mandatsdauer in Aussicht stellte — und andererseits mit der Sejmauflösung drohte, falls der Sejm seinen Widerstand aufrechterhalten sollte.

Diese Methode verlagte nie: die Abgeordneten sagten sich, eine parlamentarische Diktatur sei innen- und außenpolitisch immer noch besser als eine offene; ferner ist es unbestreitbar, daß der mögliche Verlust der Diäten den Abgeordneten als eine durchaus schmerzvolle Perspektive erschien. Besonders das letzte Argument hat die Regierung trotz der ganzen darin enthaltenen Bedenkenslosigkeit, in einer Weise ausgenutzt, die deutlich den antiparlamentarischen Charakter der Regierung erkennen ließ: jedesmal, wenn um die Monatswende schwierige Entscheidungen im Sejm und die Möglichkeit eines Konflikts mit der Regierung vorlag, ließ Pilsudski die Auszahlung der Diäten „aus technischen Gründen“ zunächst mal aufschieben, bis die Abgeordneten sich gefügt hatten! Es ist ein offenes Geheimnis, daß bei zahlreichen wichtigen Fällen der Sejm lediglich auf die Weise zu Zugeständnissen gezwungen wurde, daß Pilsudski seinen Adjutanten ins Parlamentsgebäude schickte und verlauten ließ, der Adjutant habe das unterzeichnete Sejmauflösungsdekret in der Tasche, bereit, es jeden Augenblick dem Sejmarschall zu überreichen. Dazu ist es aber nie gekommen, und die Mehrheit tat, wenn auch nach heftigen Oppositionsreden, stets das, was die Regierung von ihnen verlangte.

Inzwischen sieht der Ablauf der Wahlperiode hart vor der Tür, und nun gehen die Bemühungen der Sejmparteien dahin, die Neuwahlen vorzubereiten und sich günstige Wahlsicht zu verschaffen. Die Nationaldemokraten und mit ihnen alle Rechtsparteien sowie das Zentrum, das ist die Pilsudski-Partei des Abgeordneten Witos, haben im Mai v. J. durch Pilsudskis Staatsstreich eine erhebliche Niederlage erlitten und sind daher bemüht, diese Niederlage durch die Neuwahlen wiedergutzumachen. Sie wissen nur zu gut, daß Pilsudskis immerhin verständige Minderheitspolitik — besonders den Juden gegenüber — ihm auch im künftigen Parlament eine, wenn auch bedingte, Unterstützung von dieser Seite sichert, und sie können ferner annehmen, daß sich den Minderheiten in dieser Beziehung auch zahlreiche Linksparteien anschließen werden, denen eine wie immer geartete Pilsudski-Regierung noch lieber ist als eine nationaldemokratische. Die Rechtsparteien versuchen daher, eine Veränderung der bestehenden demokratischen Wahlordnung in dem Sinne durchzuführen, daß die Arbeiterklasse und besonders die Minderheitsvölker ihrer gebührenden Vertretung im Parlament beraubt werden. Hierbei gehören alle Bestrebungen nach Herabsetzung der Abgeordnetenzahl, nach Schaffung besonderer polnischer und nichtpolnischer Wahlkreise und nach einer besonderen Wahlgeographie. Ein in dieser Richtung hin ausgearbeitetes Wahlreformprojekt steht bereits seit zwei Wochen im Verfassungsausschuß des Parlaments zur Beratung, und es ist die Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß dies Projekt trotz heftigster Opposition der Linken und der Minderheitsvölker die Mehrheit finden wird.

Die Regierung verhält sich in diesem Kampf der Parteien streng neutral, greift in die Ausschlußdebatten nicht ein und beschränkt sich darauf, ihren Vertreter in den Ausschluß „als Beobachter“ zu entsenden. Die Regierung läßt ferner durch die ihr nahestehende Presse in undeutlicher Weise verlauten, sie halte es für verfrüht, jetzt schon die Frage der Wahlreform aufzurollen, und erklärt nicht minder schleierhaft, sie werde zur gegebenen Stunde mit einem eigenen Wahländerungsprojekt hervortreten. Zu diesem Zweck ist angeblich ein hoher Beamter nach Paris geschickt worden, um, wie es heißt, die französische Wahlordnung zu studieren, und auch in anderen Ländern sollen ähnliche Studien betrieben werden, deren Ergebnis die Regierung dann prüfen werde. Allgemein, auch in Sejmkreisen, wird dieser Darstellung ge-

Reparationsdebatte im Reichstag.

Wie kann den Liquidationsgeschädigten geholfen werden?

Zur Fortsetzung der Etatsberatung begann der Reichstag seine heutige Sitzung bereits vormittags um 10 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung führt der Kommunist Bötker eine kleine Komödie auf. Er verlangte, daß der Deutsche Reichstag sofort, noch vor Beginn seiner heutigen Verhandlungen, gegen den von den imperialistischen Mächten gegen China geführten Krieg stammenden Protest erhebe. Dieses Verlangen stellen die Kommunisten an eine Volksvertretung, die dank der von ihnen betriebenen Spaltungs- und Verwirrungspolitik eine große bürgerliche Mehrheit hat! Mit höhnischem Lachen verhindert es die Rechte durch ihren Widerspruch, daß der Antrag auf die heutige Tagesordnung gesetzt wird, und die Kommunisten geben sich stillschweigend damit zu frieden, daß durch ihr Verhalten die große Sache der chinesischen Revolution dem Geschick der Bourgeoisie ausgeliefert worden war. — Es folgt der

Haushalt für die Kriegslasten

Abg. Dessauer (Z.) wünscht eine bessere Unterbringung über die Leistungen aus dem Dawes-Abkommen. Der Redner weist dann darauf hin, daß diese Lasten bald den Umfang erreicht haben würden, den der gesamte Reichshaushalt vor dem Kriege hatte. Trotzdem habe die wirtschaftliche und politische Entwicklung denen recht gegeben, die dem Dawes-Abkommen im Jahre 1925 zugestimmt hätten. Die bisherige Ausübung des Abkommens müsse schließlich den Wirtschaftspolitikern aller Länder die Erkenntnis beibringen, daß eine Veränderung des bisherigen Systems herbeigeführt werden müsse. Das Zentrum erkläre, daß die Verpflichtungen des Dawes-Abkommens zwar redlich erfüllt werden sollen, aber es erwarte von der Logik der Vertragsgegner, daß bald eine Revision des Abkommens vorgenommen werde, die eine andächtige, der Leistungsfähigkeit des Deutschen Reiches angepaßte Regelung bringe.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) weist darauf hin, daß der vorliegende Etat noch keine Aufklärung darüber gebe, welche Lasten Deutschland infolge des verlorenen Krieges zu tragen habe.

Abg. Dr. Quaak (Dnak.) glaubt, daß die Steuerlast des deutschen Volkes nicht mehr stärker angefaßt werden könne, zumal das jedesmal automatisch eine Steigerung der Reparationslasten zur Folge habe. Unser Bestreben müßte darauf gerichtet sein, uns von der Kontrolle der Eisenbahn, der Banken, der Zölle usw. zu befreien.

Abg. Keil (Soz.)

Die sozialdemokratische Fraktion hatte die Absicht, die Reparationsfrage im Zusammenhang mit dem Etat der allgemeinen Finanzverwaltung zu besprechen. Die Rede Dr. Dessauers über die Kriegslastenfrage gibt mir aber Anlaß, schon jetzt eine kurze Erklärung abzugeben. Mit der ernsthaften, das Reparationsproblem in seiner ganzen weltwirtschaftlichen Bedeutung würdigen Rede Dr. Dessauers können wir uns vollkommen einverstanden erklären. Angesichts dieser ernst sachlichen Betrachtung, die sowohl im Interesse

Deutschlands als im Interesse der ganzen Welt lag, würden parteipolemische Erörterungen über Einzelpunkte nicht am Platze sein. Deshalb will ich nur die Erklärung des Vorredners, daß bereits

eine Verlesung großer Teile des deutschen Volkes eingetreten sei.

Die deutsche Sozial- und Wirtschaftspolitik ist daran nicht ganz unschuldig. Wir legen aber vor allem daran, anzusprechen, daß das, was Dr. Dessauer über die Notlage der Zustimmung zum Dawes-Plan vor 2½ Jahren, über das Maß der Belastung Deutschlands, über die Notwendigkeit der Revision des Dawes-Plans, über die Unmöglichkeit unbeschränkter Leistungspflicht einerseits und Erschwerung der Leistungsmöglichkeit andererseits ausgeführt hat, unseren jetzigen Anschauungen entspricht. Besonders unterstreichen möchte ich, was Dr. Dessauer über die Irrationalität der Hochschulpolitik gesagt hat. Nur ist diese Politik leider auch von Deutschland noch gefördert worden. Worauf es heute ankommt, ist unser Einverständnis auszusprechen mit der grundsätzlichen Betrachtung der Reparationsfrage, die Dr. Dessauer angeleitet hat, und mit dem Ziel, auf das unsere Außen- und Innenpolitik loszuführen muß, nämlich: Herabsetzung und Begrenzung der Leistungen Deutschlands und Herstellung vernünftigerer weltwirtschaftlicher Verhältnisse.

Abg. Schneider-Dresden (D. S. U.) erklärt, daß wir in der Reparationsfrage vor einem Problem ständen, das nicht gelöst werden könne, sondern das ausgeräumt werden müsse. Wenn wir aber überhaupt soweit seien, daß wir jetzt über die Befreiung dieses Problems reden könnten, so sei das der Politik zu danken, die vor 2½ Jahren von der Mehrheit dieses Hauses getrieben worden sei und die uns von den Ultimaten, Drohungen usw. befreit habe.

Abg. Buchwiz (Soz.)

In der Frage der Entschädigung der Liquidations- und Kriegsbeschädigten sind wir entschieden dagegen, daß man auf der einen Seite an den sozialen Ausgaben spare, um auf der anderen Seite die Mittel für diesen Zweck aufzubringen. Man dürfe nicht ein Recht aufmachen und ein anderes begehren. Die sozialdemokratische Fraktion tritt energisch dafür ein, daß für Hilfe besonders an die kleinen und mittleren Geschädigten gesorgt wird. Diesen aus ihrer früheren Existenz Entwurzelten muß geholfen werden. Wenn es sich darum handelt, die Mittel aufzubringen, so verweisen wir darauf, daß noch eine ganze Anzahl Quellen erschlossen werden können. Zunächst muß für die Einziehung der Steuererlöse im Betrage von 600 Millionen Mark gesorgt werden, von denen 550 Millionen auf den Weich fallen.

Wir verlangen den Ausbau der Vermögensbesteuerung, die im August 1925 außer Kraft gesetzt worden ist, die Verklärung der Erbschaftsteuer, die bei uns nur lächerliche 30 Millionen einbringt, die Verschärfung der Kapitalertragssteuer und die Wiedereinführung der Einkommensteuer der Börsenumschläger.

Der Etat wird darauf nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen.

glaubt und den Diskussionen im Verfassungsausschuss daher nur wenig praktischer Wert zuerkennen, da man überzeugt ist, daß die Regierung ungeachtet des Resultats der Sejmverhandlungen ihrem eigenen Projekt Geltung zu verschaffen wissen wird.

Es kann als durchaus sicher hingestellt werden, daß die Regierung ihre eigenen Pläne wenn nötig mit den allerhöchsten Mitteln durchsetzen wird — die Macht hierzu besitzt sie und an offenen Verfassungsbrüchen hat es seit Mai auch nicht gefehlt! Aber es erscheint doch zweifelhaft, ob die Regierung tatsächlich eine Aenderung der Wahlordnung — d. h. eine Verschlechterung — überhaupt beabsichtigt. Es hat vielmehr die größte Wahrscheinlichkeit für sich, daß die Regierung die Sejmparteien so lange miteinander verhandeln und einander bekämpfen lassen wird, bis die Annahme der antidemokratischen Wahlreform scheinbar nicht mehr zu verhindern sein wird, und die nationaldemokratische Öffentlichkeit schon triumphieren, die Linkstreife und die nationalen Minderheiten auf das Höchste herausgefordert sein werden — um dann mit der bei Pilsudski gewohnten Stärke mit der Faust auf den Tisch zu schlagen und zu erklären: es bleibt bei der alten, demokratischen Wahlordnung!

Ein solcher Schachzug würde die Wahlausichten der Regierung sofort mächtig bessern: auf der einen Seite würden die Rechtsparteien eine unerhörte Prestigeniederlage erleiden und — auf Grund der alten Wahlordnung — bedeutend weniger Abgeordnete durchbringen, als ihnen die geplante „Reform“ verschaffen würde — und andererseits würde die Regierung als die Verteidigerin der Demokratie gegen reaktionäre Anschläge in die Wahlkraft ziehen und sich somit die Sympathien der demokratischen Elemente bis tief hinein in die Linksparteien und der Minderheitsvölker erobern.

Man kann sich leicht vorstellen, daß beispielsweise die Opposition der 60 ukrainischen Abgeordneten (auf 444 im ganzen) unter diesen Umständen um so milder sein wird, als man in diesem Schritt der Regierung — ob mit Recht oder Unrecht — Anzeichen für den Beginn eines neuen liberalen Kurzes zu erblicken geneigt sein wird.

Dieser Plan der Regierung birgt aber für die Linksparteien eine nicht zu unterschätzende Gefahr in sich und droht ihnen mit einem nicht unbedeutenden Stimmenverlust; sie werden daher diesem Vorhaben der Regierung zuvorkommen müssen, werden den Kampf gegen die Aenderung der Wahlordnung weit über das Parlament hinausstragen müssen, um selbst in höchster Kraftanstrengung die Demokratie sowohl vor den Anschlägen der Reaktion als auch vor einer verkappten Diktatur — denn das ist die Regierung Pilsudski — zu verteidigen und zu schützen, denn nur auf die demokratischen Volksteile gestützt wird sich die Demokratie in Polen wahrhaftig und dauernd behaupten können.

Reklamechefs des „Stahlhelm“.

Die „Zinken“ der Faschisten.

Der „Stahlhelm“ will im Mai in Berlin demonstrieren. Hunderttausend Mann, so hat Sedlitz verkündet, will er in die Reichshauptstadt „werfen“, und dann sollen die schwarz-weiß-roten Brüder ruhig wieder abziehen. Später allerdings — da werden sie eines Tages ganz hierbleiben.

Jeder weiß sofort, daß das eine Renommisterei ist, nur darauf berechnet, die Stahlhelm-Mitglieder mit einiger Begeisterung für die teure Sommerreise nach Berlin zu erfüllen. Denn Herr Sedlitz wie seine Leute wissen, daß in Berlin für sie nichts zu holen ist, als das Ausgelachtwerden. Aber es muß nun doch einmal etwas für die Propaganda geschehen. Deshalb hat man sich nach zuverlässigen Reklamechefs umgesehen, und sie, wie erwartet, bei der Leitung der Kommunisten gefunden.

Diese kommunistische Reklame für den Stahlhelmtag wirkt sich nachgerade komisch aus. Jeden Tag wird ein neuer

Trick erfunden, um die Aufmerksamkeit auf den „Faschisten-aufmarsch“ zu lenken. Die „Rote Fahne“ allein genügt nicht dazu, es werden auch noch die üblichen Betriebsversammlungen zu Reklameaktionen für den Stahlhelm gebraucht.

Das merkwürdigste aber sind die „Zinken“ an den Häusern. Schon vor Wochen wurde uns gemeldet, daß in einigen Stadtteilen merkwürdige Kreidezeichnungen sich befinden, die sich angeblich auf die in den Häusern wohnenden Reichsbannerkameraden oder Rotfrontleute beziehen. Wer den Brauch der „Tippstunden“ kennt, sich durch „Zinken“ zu verständigen, konnte an dieser Hausmalerei seinen Spaß haben. Aber eine Staatsaktion daraus zu machen, blieb wieder den kommunistischen Reklamechefs vorbehalten. Ernsthafte Menschen lehnen ab, sich ihre Haltung durch Kreidestriche vorzeichnen zu lassen.

Der Stahlhelmtag wird die Bedeutung haben, die die Berliner Bevölkerung ihm zugestehen will. Er wird im Vier-Millionen-Berlin fast unbemerkt vorübergehen, wenn die Arbeiterschaft, ihrer Kraft sich bewußt, den Stahlhelmlern die kalte Schulter zeigt. Er kann zu einem bösen Zwischenstück werden, wenn es den Kommunisten gelingt, was augenscheinlich in ihrer Absicht liegt, Zusammenstöße herbeizuführen. Sozialdemokraten freilich demonstrieren am 1. Mai und lassen den Stahlhelm Stahlhelm sein!

Gesetzespeitsche gegen Landflucht?

Weltfremde Regierungspräsidenten. — Unmögliche Vorschläge.

Der preussische Landwirtschaftsminister hat kürzlich die Regierungspräsidenten über den Umfang der Landflucht und des Kontraktbruchs unter den landwirtschaftlichen Arbeitnehmern befragt und Vorschläge zur Beseitigung dieser Erscheinungen erbeten. Wie diese Vorschläge aussehen, zeigt folgende Zusammenstellung:

Gumbinnen: „Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen, Abmachungen der Spigenverbände über Nicht-einstellung Vertragsbrüchiger, keine Erwerbslosenunterstützung.“

Allenstein: „Einschränkung der freien Inzestate, Androhung von Strafen bei Einstellung kontraktbrüchiger Arbeiter. Entlassungschein.“

Marionwerder: „bedingte Ausschließung von der Erwerbslosenunterstützung für Kontraktbrüchige, keine Wiedereinstellung bei Staats- oder anderen öffentlichen Arbeiten, Entziehung der Erlaubnis für gewissenlose Stellenvermittler, Bestrafung des Gesindes mit Geldstrafen, Siedlungstätigkeit, höhere Löhne in der Landwirtschaft.“

Potsdam: „Bau von Landarbeiterwohnungen und Eigenheimen.“

Frankfurt a. O.: „einf. Einführung eines Arbeitsbuches, Durchführung und Verlegung des Rückkehrzwanges der polnischen Saisonarbeiter auf den 15. November, allgemeine Entlassung der Landarbeiter.“

Stettin: „teilweise Wiedereinstellung der Gesindeordnung oder Ergänzung des BGB., Stellung von Kautionen, Aufklärungsarbeit, Fortbildungsmöglichkeiten, Ueberprüfung der landwirtschaftlichen Betriebe, Vereinbarung der Arbeitgeberorganisationen über Richtereinstellung legitimationsloser Arbeiter.“

Köslin: „Wiedereinführung der Gesindeordnung nicht angebracht, Erlass durch eine Polizeiverordnung, die inhaltlich der Demobilisierungsvorordnung vom 26. Mai 1920 entspricht (Entlassungschein).“

Stralsund: „Arbeitschiedsgericht mit Zwangsmitteln, bei ausländischen Saisonarbeitern Rückführung, Ausweisung, Bestrafung bei Wiedereinstellung.“

Legnitz: „Hebung des Standes der Landarbeiter, Angleichung der Löhne an die mitteldeutschen Provinzen.“

Oppeln: „bedingtes Verbot der Verwendung von Landarbeitern in der Industrie und bei Notstands- und Meliorationsarbeiten.“

Merseburg: „Einführung eines Arbeitsbuches, keine Erwerbslosenunterstützung, evtl. polizeiliche Kontrolle des Arbeitswechsels und Bestrafung der Arbeitgeber für Zuwiderhandlung.“

Erfurt: „Sehnsuchtmachung auf eigener Scholle.“

Schleswig: „weibliches Personal soll von den Arbeitsnachweiser nur auf das Land vermittelt werden.“

Kassel: „Zwangsmittel für die Erreichung der Räumung von Werkwohnungen.“

Wiesbaden: „keine Erwerbslosenunterstützung für Kontraktbrüchige.“

Koblenz: „Zubilligung höherer Löhne.“

Köln: „höhere Löhne und bessere Wohnungsverhältnisse.“

Diese Zusammenstellung ergibt ein wenig erfreuliches, fast erschreckendes Bild. Sie zeigt, daß die Mehrzahl der Regierungspräsidenten den Vorgängen in der Landwirtschaft mit völliger Unkenntnis und einer geradezu erschreckenden Selbstfremdheit gegenübersteht. Anstatt aus der Geschichte zu lernen und zu begreifen, daß die Einführung von Zwangsmassnahmen und die Rückkehr zu Verhältnissen der dynastischen Zeit nur verbitternd und verschlimmernd wirken können, kommen sie mit der überholten reaktionären Weisheit, daß sich die Landflucht und der Kontraktbruch nur durch die Wiedereinführung der Gesindeordnung, durch Beseitigung der Freizügigkeit und durch Entzug der Erwerbslosenunterstützung beseitigen lassen.

Möglich ist diese Haltung der Regierungspräsidenten nur durch die Tatsache, daß ihr Ohr mehr nach der Seite der Arbeitgeber als nach der Seite der Arbeitnehmer gerichtet ist. Was ihnen die Arbeitgeber und ihre Organisationen vortragen, wird als richtig und zeitgemäß angesehen, alles andere wird als tendenziös und oberflächlich abgelehnt.

Nicht immer wird der Regierungspräsident selbst das Objekt der Arbeitgeber bilden. Diese werden vielmehr als geeigneten Mittelsmann für ihre einseitigen Bestrebungen oft einen willfährigen Beamten im Regierungspräsidium finden. Das entlastet aber den Regierungspräsidenten nicht von der Verantwortlichkeit und der Pflicht zur sachlichen Nachprüfung des vorgetragenen und von ihm weitergegebenen Materials. Leider ist die den Regierungspräsidenten gestellte Aufgabe teilweise mit recht wenig Sachlichkeit gelöst worden.

Nur versuchter Totschlag . . . !

Das Urteil im Giesener Mordmordprozess.

Gießen, 31. März. (U.) Am 11. Uhr vormittags verurteilte der Vorsitzende folgendes Urteil: Schwing wird wegen Beihilfe zum versuchten Totschlag mit einem Jahr sechs Monate Gefängnis bestraft, acht Monate der Untersuchungshaft werden angerechnet. Der Angeklagte v. Salomon erhält wegen Körperverletzung unter Einbeziehung der verbüßten fünfjährigen Zuchthausstrafe eine Gesamtzuchthausstrafe von sechs Jahren drei Monaten. Die beiden Angeklagten haben die Kosten des sie betreffenden Verfahrens zu tragen. Der Angeklagte Heinz wird freigesprochen, die Kosten trägt in diesem Falle die Staatskasse.

Nach dem ganzen Verlauf der Verhandlung, besonders nach dem Verhalten des Staatsanwalts und des Vorsitzenden, war mit einem sehr milden Urteil zu rechnen. Das jetzt ausgesprochene Urteil sieht jedoch fast wie eine Entschuldigend gegenüber den Angeklagten aus. Es war dem Gericht sicher peinlich, die Mörder Mörder zu nennen. Man hat sich deshalb auf den — versuchten Totschlag zurückgezogen.

Das Jüdnholzmonopolgesetz wurde trotz des scharfen Protestes der Linken, dem sich einige bürgerliche Abgeordnete angeschlossen hatten, im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages mit einer Stimme Mehrheit angenommen.

Post festum.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Die Beethoven-Festspiele sind beendet. Kleiner, intimer Nachklang im Haus des Herrn Reichskanzlers, wo das Haydn-Quartett sich aufs neue herrlich bewährt. Für die große Masse, die ein solcher Gedentag eigentlich allein nährt und angeht, war manches, vielleicht nicht genug gesehen. Wer aber die Menschen im Friedrichshain gesehen hat, wie sie zwei Stunden den Klängen der Missa solemnis lauschten, wie sie im freien Lob und Gesang der Brüder vom „Deutschen Arbeiter-Sängerbund“ folgten, der hatte einen Begriff vom Wesen einer Beethoven-Fest. Es soll nicht vergessen werden, daß das Philharmonische Orchester nachträglich in seinen populären, also kulturell bedeutungsvollen Konzerten eine Gesamtübersicht über das sinfonische und konzertante Werk Beethovens geben wird, und daß durch eine Spende der Stadt Berlin sämtliche Schulen Berlins den Grundstock zu einer Musikbibliothek sowie — als einziges populäres Stück Beethovenscher Musik — das „Lied an die Freude“ in einem Privatdruck erhielt.

Beethoven wird nun abgelöst durch Pfitzner. Zur großen Masse hat er keine Beziehung, und die schwache Eindringlichkeit, die spärliche Sinnlichkeit, der matte Glanz seines Wertes findet auch bei den Willigen meist nur spröde Herzen. Darüber wird noch zu sprechen sein. Den würdigen Auftakt bildete die romantische Kantate „Von deutscher Seele“, ein Singspiel auf Texte von Eichendorff, ein gefühlsvoller Jokus von pastoralen, lieblichen, auch scherzhaften und träumerischen Liedern, mit groß angelegten und verbindenden Orchesterzweckspielen. Man kennt den etwas bärbeißigen Humor, die ostentative Erfindungsgrabe, die leicht monotone instrumentale Koloristik in Pfitzners Wert, aber in dieser letzten Aufführung unter Bruno Wackers hingebungsvoller Leitung lernte man auch die schönen, herzlich gespeisten, edel klingenden Weisen kennen. Auf erfreulicher Höhe Orchester und Chor der Städtischen Oper, die Führerin im Soloquartett, Bertha Kirina, von vorbildlicher Art des technischen und empfindenen Singstils, neben ihr bedeutsam Emma Riendorf, Paul Bender, August Richter. Stärker als vor Jahren in der Philharmonie ging das Publikum mit.

Ein schweres, ein großes Programm hatte die „Tappograpia“ in ihrem Frühjahrskonzert zu bewältigen. Alexander Weinbaum weiß, was er von seiner Schar verlangen kann. Und trotz einiger tonlicher und dynamischer Unstimmigkeiten wirkten die vier Lieber aus der „Liederbüchse“ Op. 63 von Joseph Kaas sehr geschloffen, sehr stark, sehr ausdrucksvoll. Das erste und letzte hätten beinahe ein Daskapo bekommen. Die enormen Schwierigkeiten dieser kunstvollen Gesänge schienen in eine bequeme Gelanglichkeit und ein lustiges Musizieren aufgelöst. Und das ist vielleicht das Beste, was man einer Aufführung nachsagen kann. Wenn alle Mitglieder des NSB. so rüchrig sind im Suchen nach Unbekanntem, Gutem, so werden ihre Konzerte alle die gleiche Kurzweiligkeit und Bedeutung haben. So weit halten wir noch nicht. Joseph Wolfshals, in den Arbeiterkonzerten ein häufiger Gast, kam — nach der Frühjahrskonzerte Beethovens — als Virtuose zu Spiel und Wort. Wie er Tänze von Francaeur und Sarasate in der Lallheit ihrer Laute, Flageolets, Griffe meistert, das war schon ganz unerhört. Der Mann, der uns Brahms und Beethoven sehr zu Herzen geht,

der spielt auch mit verbüßender Sicherheit Virtuosenstücke an jene Empfindungszentren heran, in denen das Staunen mit Bewundern lagert.

Ein ganzer Abend mit Kompositionen von Edward Morig. Viele Solisten, mancherlei Absagen, gute Einspringerinnen. Morig selbst empfindsam und tüchtig am Flügel, an dem in größlicher Goldletteren der Reklamename der Firma prangt. Bescheiden die Darstellung, unaufdringlicher das Talent dieses guten Musikers. Da sind Duette, die noch ein wenig an Edward Morig Wendelsohn gemahnen, gestrig und vorgestrig und nur hübsch. Andere aber, für Einzelstimme, haben stärksten Ausdruck, zuweilen bis an die Grenze des Kammermusikalischen gehend und nicht weit entfernt von Oper. Hier klingt dann Puccini freundlich durch. Jedenfalls Abwechslung genug, um diesen eigenen Abend zu rechtfertigen.

Ein Liederabend im Kostüm, veranstaltet von dem darstellerisch begabten Victor Henkin, sei erwähnt weil der Künstler durch ein russisch gedrucktes Programm zu verstehen gab, er wolle kein deutsch sprechendes Publikum. Ein Akt internationaler Unhöflichkeit. Hama Studenz mag es, die sechs Sonaten und Partiten von Bach hintereinander zu exekutieren. Ein herber, zuweilen auch rauher Eigenton kommt dem Rang an Weichheit und Kelos, der in den spröden Werken steckt, entgegen. Der gesunde musikalische Sinn dieser Frau, verbunden mit rhythmischer Sicherheit, guter Grifftechnik und charaktervollem Strich hebt die gefährliche Veranlassung über das Niveau des nur pädagogisch Reizvollen. Allerdings dürften wohl nur Fachleute den Abend bis zu Ende abgewartet haben. Dahingegen ergötzt Beatrice Harrison in einer kurzen Stunde mit dankbareren Stoffen. Eine höchst kultivierte, technisch freie Cellistin zieht einen ungemünzten rezeptlosen Ton aus edlem Instrument. Rodales, Handels, Delius, Parcella, Salmon heißen die Götter, denen sie freudig und uns zur Freude opfert.

Victor Hugos dramatisches Fiasto. Im Rahmen der Jubiläumsvorstellungen, die die Pariser Comédie-Française anlässlich des 100. Geburtstages des romantischen Dramas veranstaltete — man datiert den Beginn der romantischen Dichtung von dem Erscheinen Victor Hugos Buchdrama „Cromwell“ im Jahre 1827 — wurde kürzlich die dramatische Trilogie „Die Burggrafen“ von Victor Hugo aufgeführt. Die Uraufführung dieses Stückes im Jahre 1843 bedeutete das Ende der romantischen Herrlichkeit auf der Pariser Bühne, die volle 13 Jahre gedauert hatte. Victor Hugo erlebte bei dieser Uraufführung ein demütigendes Fiasto, das sich in einem unerhörten Theatersturm ausstobte. Janin, der führende Theaterdirektor, rief in bester Entrüstung im Foyer des Theaters: „Wenn ich Minister des Innern wäre, so würde ich dem Herrn, der das erste Signal zum Pfeifen gegeben hat, für den Orden der Ehrenlegion vorschlagen.“

Welche Gründe hatten den Mißerfolg entschieden, der in so offenkundigem Widerspruch zu der Begeisterung stand, mit der man wenige Jahre zuvor noch Victor Hugo als Retter aus dem Bühnenelend des Klassizismus begrüßt hatte? Zunächst war das Publikum der ununterbrochenen Triumphe, die man dem Dichter beisteht, müde geworden. Außerdem würde diese Müdigkeit noch verstärkt durch die Größe der genialen Rachel, die allmählich das Publikum wieder zu Corneille und Racine zurückgeführt hatte. Endlich waren auch die Verteidiger der Romantik alt und kampfmüde geworden

und zeigten keine Neigung mehr, sich für eine Sache, die sie als Jugendverirrung betrachteten, ins Zeug zu legen. Davon hatte sich Victor Hugo zu seinem Leidwesen überzeugen müssen, als er einige Tage vor der Eröffnung der „Burggrafen“ zwei seiner Freunde zu seinem alten Förderer, dem Maler Rameau, dem ehemaligen Führer des romantischen Strohtrupps, gefandt hatte, um seine Unterstützung für die Aufführung zu erbitten. Er forderte von ihm „300 junge Spartaner, die gewillt seien, eher zu sterben, als der Armee der Barbaren die Thermopylen zu überlassen“. Der alte Herr hatte sich aber mit seinem romantischen Stolz stolz dropiert und im Tone Mirabeaus pathetisch geantwortet: „Bestellt euren Führer, daß ich nicht in der Lage bin, ihm die gewünschten 300 Jünglinge zu stellen. Es gibt heute keine Jugend mehr.“ Im Jahre 1827 hatte Victor Hugo die Tragödie zu töten geglaubt, und im Jahre 1843 wurde er von eben dieser Tragödie selbst erdrückt. Am dramatischen Himmel war Ponsard, der neue Stern, aufgegangen, der als Führer der sich gegen die romantische Dichtung auflehrenden Richtung des „Gesunden Reichentums“ zum Erlöse verhalf, an dem die Rachel den entscheidenden Anteil hatte. Victor Hugo verzichtete aber heldenmütig auf das Theater und verbrannte die Stücke, die er noch im Pult hatte.

Das Shakespeare-Theater in New York. Bei einem Festbankett, das kürzlich in Anwesenheit des Bürgermeisters von Stratford, der Shakespeare-Stadt, stattfand, machte der Präsident Dr. Willel. D. Dentinger der Versammlung die offizielle Mitteilung, daß man durch öffentliche Zeichnungen einen Betrag von zweieinhalb Millionen Dollar aufzubringen gedenke. Dieser Betrag ist dazu bestimmt, in New York ein Shakespeare-Theater zu gründen, das ausschließlich die Stücke des großen Dichters spielen wird. Die Eröffnung soll bereits im Herbst dieses Jahres erfolgen. Als Darsteller werden auf der New Yorker Bühne während sechs Monate im Jahre die Schauspieler des Stratford Shakespeare-Theaters als Gäste spielen. In der anderen Hälfte des Jahres soll das Haus als Kinetoskopengehörig verwendet werden. Für den Wiederaufbau des Memorialtheaters in Stratford wird die Summe von 250 000 Dollars zur Verfügung gestellt. Die genannten Summen werden aus den Kreisen der Wallstreet-Finanziers aufgebracht, von denen sich eine Anzahl zu einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung zusammengeschlossen hat, um das Unternehmen zum guten Ende zu bringen.

Ein indianischer Rekordlauf. Zwei Tetrahumare-Indianer aus Mexiko vollendeten dieser Tage im Stadion der Texas-Universität zu Austin einen Rekordlauf und wurden von den versammelten 12 000 Zuschauern begeistert begrüßt. Sie waren von San Antonio eine Strecke von 125 Kilometern in 14 Stunden 46 Minuten gelaufen. Der Lauf wurde nur einige wenige Male auf kurze Zeit unterbrochen, indem sie etwas Wasser tranken und einige Mais-tuchen aßen.

Die Schauspielervorstellung, die für heute 4 Uhr im Kleinen Theater angelegt war, muß verschoben werden.

Vorstellungserziehung. Die von der Volkshöhe für den 3. April gebaute Motore im Theater am Schiffbauerdamm, das Sinclair's Drama „Sinnende Galgenhölle“ zur Aufführung bringen soll, muß verschoben werden, da die mehrfache Verschiebung der Premiere von Egon Wells „Gewitter über Gotland“ es unmöglich machte, die Proben rechtzeitig zu beginnen.

Albanien mobilisiert nicht.

Alles ruhig, erklärt ein offizielles Dementi.

Paris, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Von der albanischen Gesandtschaft in Paris ist am Mittwoch eine amtliche Meldung herausgegeben worden, in dem alle Nachrichten über eine Mobilisation in Albanien ernsthaft dementiert werden. In ganz Albanien herrsche völlige Ruhe und alle derartigen Nachrichten müßten als tendenziös aufgefaßt werden.

Der Verzicht auf die Untersuchung.

London, 31. März. (WTB.) Reuter erfährt: Infolge einer weiteren Meinungsänderung zwischen den interessierten Regierungen ist der ursprüngliche Plan einer Untersuchung der jugoslawisch-albanischen Grenze durch militärische Sachverständige mehr oder weniger beiseite geschoben worden, da verschiedene Einwände gegen diesen Plan sowohl in Rom als auch in Belgrad erhoben worden sind. Es verlautet, daß die britische Regierung am meisten für direkte Verhandlungen zwischen der italienischen und der jugoslawischen Regierung über die Regelung aller Streitfragen insbesondere bezüglich der Adria eintritt.

Die Räumung von Hankau vorbereitet.

Die englischen Kaufleute verlassen die Stadt.

London, 31. März. (WTB.) Wie der amtliche britische Konsul aus Hankau meldet, fanden dort am 27. März Besprechungen zwischen dem britischen Generalkonsul und den britischen Kaufleuten statt. Der Generalkonsul empfahl der Kaufmannschaft, sofort alle Angestellten, die irgendwie entbehrlich seien, aus Hankau zu entfernen, damit, wenn plötzlich eine Räumung notwendig werden sollte, die Zahl der abzutransportierenden Personen eine möglichst geringe sei. Zurzeit ist es in Hankau ruhig, doch erwartet man, daß bei dem Zusammenritt der Vierten Allchinesischen Arbeitskonferenz eine kritische Zeit anbrechen wird.

Französisch-Schanghai ist ruhig.

Paris, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Quai d'Orsay sind im Laufe des Mittwochs nachmittags Nachrichten aus Schanghai eingetroffen, wonach in der französischen Konzession die Arbeit wieder vollständig aufgenommen worden ist. Es haben lediglich einige kommunistische Elemente versucht, in die Konzession einzudringen, sie sind aber mühelos herausgedrängt worden. In der französischen Konzession sind keinerlei Verluste zu beklagen. Frauen und Kinder sind nicht aus der Konzession entfernt worden. Der Außenminister der Kantongregierung Tschen hat dem französischen Konsul die Versicherung abgegeben, daß die französischen Staatsangehörigen und ihr Eigentum respektiert würden.

Kanton entschuldigt sich.

Genf, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Der chinesische Vertreter im Völkerbundrat, der zurzeit sein Land in der Abrüstungskonferenz vertritt, gab am Mittwoch ein Telegramm bekannt, das von zwölf chinesischen Handelskammern und von vierzig Kaufmännischen, Industriellen und Handelskorporationen und Verbänden unterzeichnet ist und lautet: „Bedauern sehr Zwischenfall von Kanton, bei welchem sieben Fremde den Tod gefunden haben. Untersuchung im Gange. Bitte um Geduld und weiteres Vertrauen gegenüber chinesischem Volke.“

Die belgisch-russischen Beziehungen.

Einmütiger Beschluß der belgischen Kammer für Wiederaufnahme. — Ein Steuerkonflikt beigelegt.

Brüssel, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer blügte am Mittwoch einstimmig die Regierungserklärung Vanderveeldes über die Beziehungen Belgiens zu Rußland mit der von dem Sozialisten Piéard abgegebenen Interpretation, daß eine möglichst baldige Ausnahme geregelter Beziehungen zur Sowjetunion wünschenswert sei.

In der Frage der Höherbesteuerung hoher Einkommen, die einen Augenblick einen Konflikt heraufzubeschwören drohte, trat eine Beruhigung ein, nachdem der sozialistische Generalrat sich mit den errungenen Zugeständnissen zufrieden erklärt hat. Aber gerade wegen dieser Zugeständnisse herrscht jetzt im konservativen und im liberalen Lager eine gereizte Stimmung. Die Kammer nahm die Höherbesteuerung in erster Lesung an.

Die Schwierigkeiten der Mologa.

Anmeldung der Geschäftsaufsicht.

Die Mologa-Gesellschaft, die kürzlich an das Reich mit der Bitte um finanzielle Unterstützung ihrer großen in Rußland gelegenen Holzkonzessionen herangetreten ist, hat jetzt beschlossen, die Geschäftsaufsicht anzumelden. Die Regierung hat bekanntlich das Subventionsgesuch abgelehnt.

Wie die T. U. dazu aus Moskau meldet, ist man in Rußland darüber sehr enttäuscht, daß die Regierung der Gesellschaft einen Kredit verweigert hat. Offenbar will die Sowjetregierung die Konzession auf jeden Fall halten. Deshalb hat sie neue Vorschläge der Sowjetregierung zur Regelung der Konzession in Aussicht gestellt. Man betont jedenfalls, daß die Sowjetregierung bereit ist, die Wechsel der Mologa bei der russischen Staatsbank zu verlängern, wenn die Konzessionsgesellschaft neue finanzielle Mittel aufbringen würde.

Man sieht aus dieser Wendung der Dinge, daß es den Russen darum zu tun gewesen ist, auf die deutsche Regierung einen starken Druck auszuüben. Das selbe Rechtsabinett, das aus dem Haus des Reichstages die Kinderklausuren streicht, das für eine Erhöhung der Unterstützung an Erwerbslose und Kleinrentner kein Geld übrig hat, dieses selbe Kabinett sollte für Rußland neue Gelder flüssig machen. Die Sowjetregierung kennt sicherlich ihre Poppenheimer aus dem bekannten Granatengeschäft recht gut, um auf Kosten des deutschen Sozialstaats die Erfüllung solcher Wünsche erwarten zu können. Das ist nun diesmal daneben geraten, und es bleibt nun der Privatinitiative der Sowjetleute und der Konzessionäre überlassen, wie sie die Sanierung des verfahrenen Geschäfts betreiben wollen.

Im Hauener Streikmann-Prozess soll der ehemalige national-liberale Abgeordnete Krahwinkel geduldet haben, er kenne seinen Parteifreund Streikmann sehr genau. Wir werden darauf hingewiesen, daß Krahwinkel nur in der Nationalliberalen Partei zusammen mit Streikmann gewesen ist, nicht aber in der Deutschen Volkspartei, der er als schärfster Gegner jeder Verständigungspolitik seit Jahren feindselig gegenübersteht. — Als ein weiterer Zeuge wurde in dem Bericht ein Dr. Kauer genannt, wodurch der Eindruck entstehen könnte, daß es sich um den volksparteilichen Abgeordneten von Kauer handle. In Wirklichkeit handelt es sich um einen Dr. Palmer, der ebenso wie Krahwinkel, dem völkisch-alldeutschen Flügel der Deutschnationalen angehört.

Nutzen der Bauberatung.

Durch Rückfrage bei der Wohnungsfürsorgegesellschaft vor Schaden schützen.

Mit Beginn der Bauzeit ist wieder in allen Kreisen das Interesse für den Wohnungsbau wach geworden. Die erste Voraussetzung für den Bau ist die Klarstellung der Grundstücksverhältnisse. Die Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin m. b. H., die mit der Vergabe der Hauszinssteuerhypothek betraut ist, muß vor Entscheidung über die Bewilligung des Hypothekendarlehens darüber Gewißheit haben, ob Fluchtlinien für die Bebauung endgültig festgestellt sind, ob das Grundstück anbaufähig ist bzw. welche Regulierungsarbeiten noch erforderlich sind. Auch die städtebaulichen Belange der Stadt müssen berücksichtigt werden, worüber das Städtebauamt sein Votum abzugeben hat. Erst nach diesen Klarstellungen kann die eigentliche Bearbeitung in bezug auf technische und finanzielle Auswirkung erfolgen. Den Antragsteller wird hierzu in weitestgehendem Umfang durch die bei der Wohnungsfürsorgegesellschaft eingerichtete Bauberatung Rat und Hilfe erteilt, so daß die Antragsteller selber sich jederzeit ausreichend über alle auftretenden Fragen unterrichten können und sogenannte Sachverständige Vermittler nicht benötigt werden. Die Zahlung von Provision an solche Vermittler ist grundsätzlich ausgeschlossen. Das Bauprojekt muß von einem Architekten bearbeitet sein, der auch die Oberleitung während der Ausführung zu übernehmen hat und der Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin m. b. H. für die sachgemäße Durchführung nach den vorgelegten Plänen verantwortlich bleibt. Die Prüfung in finanzieller Beziehung muß zu dem Ergebnis führen, daß der Antragsteller für das durchzuführende Bauvorhaben auch finanziell stark genug ist. Neben einem schuldenfreien Grundstück gehören dazu wirtschaftliche Voraussetzungen, die das entstehende Risiko tragen bzw. die entstehende Dauerbelastung übernehmen können. Die Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin m. b. H. hat die Annahme von Anträgen bereits am 10. Januar d. J. unterbrechen müssen, weil die bis dahin eingegangenen Anträge schon einen Umfang betrafen, für den die auskömmlichen Belegungsmittel nicht mehr ausreichen. Es können nur solche Anträge Berücksichtigung finden, die den angegebenen Bedingungen in jeder Beziehung genügen und Projekte betreffen, die den Richtlinien der Wohnungsfürsorgegesellschaft voll und ganz entsprechen.

Wie aus Vorstehendem ersichtlich, ist die Errichtung von Wohnungsneubauten von sehr entscheidenden Voraussetzungen abhängig. Es kann den Siedlern und allen anderen Bauwichtigen nur dringend geraten werden, vor Ankauf von Grundstücken und In-

angriffnahme von Bauplänen sich durch Rückfrage beim zuständigen Bezirksamt zu vergewissern, daß ihren Absichten Schwierigkeiten nicht erwachen können.

Das Schöneberger Bauprojekt.

Die in den letzten Tagen veröffentlichte Meldung über die Schaffung von 14000 Neubauwohnungen auf Schöneberger Gelände durch ein amerikanisches Konsortium ist geeignet, im Berliner Publikum falsche Vorstellungen von diesem Terrain zu erwecken. So, wie die Nachricht veröffentlicht wurde, muß jeder Uneingeweihte der Meinung sein, daß das Schöneberger Südgelände Besitz der früheren Stadt Schöneberg war und mit der Schaffung Groß-Berlins nummehr Eigentum der Stadt Berlin wurde. Das Schöneberger Südgelände, wie richtig gesagt die größte in unmittelbarer Stadtnähe noch vorhandene Siedlungsfläche, befindet sich aber noch bis auf 30 Hektar, die der Stadt gehören, im Urbesitz der Schöneberger Gutsbesitzer. Diese Besitzer haben sich seit vielen Jahren vergeblich bemüht, das Gelände mit Hilfe deutschen Kapitals und deutscher Gesellschaften aufzukaufen und zu vermarkten und haben jetzt das Angebot einer Gesellschaft angenommen, die das Gelände mit amerikanischem Kapital bebauen will. Die Ausnutzung durch deutsche Kapitalisten ist wiederholt verurteilt worden. Diese Versuche sind regelmäßig daran gescheitert, daß deutsche Banken erklärten, sie hätten kein Geld für sich Jahre hinziehende Terrinausschließungen und Bauprojekte, sie mühten vor allem Dingen die Industrie unterstützen und sehen dabei ihre Kapitale viel schneller um. Da half auch nicht der Hinweis, daß die deutsche Industrie am besten unterstützt werde, wenn dem Bauhandwerk Gelegenheit gegeben wird, sich voll zu entfalten. Das Gelände hat einen Wert von etwa 15 000 000 Mark und dürfte an Aufschließungskosten für Kanalisation und Straßenanlagen circa 12 000 000 Mark erfordern. Dann muß aber noch erwähnt werden, daß die Meldung, daß der Krieg einen Strich durch die Pläne gemacht hat, die einen städtebau-künstlerischen Bebauungsplan durch Wettbewerb schaffen sollten, nicht richtig ist. Dieser Wettbewerb hat im Gegenteil stattgefunden, und war bereits im Jahre 1912. Als Sieger ging der Entwurf des Professors Möhring hervor. Aus diesem Entwurf heraus wurde ein Bebauungsplan für das Schöneberger Südgelände geschaffen, der nach eingehender Ausschüßberatung die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung erhielt und im Februar 1916 förmlich festgestellt wurde.

Wieder Leichenteile gefunden.

In der Grunewaldstraße und in der Wintersfeldstraße.

Die weitere Aufklärung des Leichensfundes bei Schildhorn wurde im Laufe der vergangenen Nacht durch die Nordkommission unausgesetzt weiter betrieben. In Petershagen, dem Vorort von Berlin, wurde eine Kusine der ermordeten Ahrend ermittelt und vernommen. Von ihr erfuhr man, daß sie seit einem Jahr die Ahrend nicht mehr gesehen hat. Es war der Kusine bekannt, daß die Ahrend im Jahre 1922 in einer Entbindungsanstalt in Reutkölln einem Kinde das Leben gab. Das Kleine ist aber bald nach der Geburt gestorben.

Heute morgen wurden im Schöneberger Viertel an zwei Stellen wieder Leichenteile gefunden. Im Flur des Hauses Grunewaldstr. 93 fand um 5 1/2 Uhr ein Mann, der zur Arbeit ging, zwischen der Haustür und einem Eisenrost eingeklemmt ein längliches Paket in braunem Papier, das nur flüchtig verpackt war. Er erinnerte sich sofort der zerstückelten Leiche, hob das Paket auf und es fielen zwei halbe Unterschenkel mit den daran hängenden Füßen heraus. Der Mann übergab das Paket unverzüglich der Polizei. Kurze Zeit darauf wurde ein zweiter Fund gemacht. Vor dem Neubau der Reichspost in der Wintersfeldstr. 30a befindet sich noch ein großer Haufen von Abraum und Bauhutt. An diesen Haufen gelangt hat wiederum ein längliches Paket in der gleichen Verpackung, wo es von einem Arbeiter gefunden wurde. Dieses zweite Paket enthielt die oberen Hälfte der Unterschenkel bis über die Knie. Die Funde wurden dem Schauhaus übergeben und festgestellt, daß die Zerstückelung in der gleichen Weise wie bei den Armen erfolgt war. Ohne Zweifel hat der Mörder wieder die frühen Morgenstunden benutzt, um sich seiner grauenhaften Pakete zu entledigen. In der Wintersfeldstraße wurden zwei verdächtige Männer angehalten und zur Revierwache gebracht. Nach dem bisherigen Ergebnis ihrer Vernehmung scheinen sie aber mit der Leichenbeseitigung nichts zu tun zu haben.

Die heute gemachten Funde lassen die gestern aufgetauchte Vermutung zur Gewißheit werden, daß der Mörder die noch fehlenden Teile — den Kopf, Bauch und Oberschenkel — noch in seiner Wohnung verbirgt. Der Geruch der Zerlegung an den Fleischteilen wird ihn zwingen, sich auch dieser Reste sobald als möglich zu entledigen, um nicht die Aufmerksamkeit der anderen Hausbewohner zu erregen. Besondere Beachtung verdient ein Umstand, der möglicherweise zur Ergreifung des Täters dienen kann. Alle bisher gefundenen Teile waren in hellbraunes Packpapier eingewickelt. Das läßt darauf schließen, daß jemand eine größere Menge dieser Art Papier entweder schon besessen oder, was noch wahrscheinlicher ist, erst kürzlich gekauft hat. Vielleicht erinnert sich ein Geschäftsmann eines Kunden, der einen derartigen Einkauf bei ihm gemacht hat. Wer zur Aufklärung irgendwem beitragen kann, wird nochmals dringend ersucht, sich bei der Nordkommission Dr. Wächter-Pippen im Zimmer 52 des Polizeipräsidiums zu melden.

Disziplinarverfahren gegen Pfarrer Schnoor.

Wie die B.S.-Korrespondenz vor. zuständiger Seite erfahren hat, trifft die Nachricht, daß Pfarrer Schnoor vom Amte suspendiert sei, nicht zu. Auf Grund der Erörterungen in der Presse hat das Konsistorium vielmehr eine Disziplinaruntersuchung gegen ihn eingeleitet, die jedoch auch erst beendet werden kann, wenn die Untersuchungsbehörden die Akten über die gegen den Geistlichen erstattete Anzeige geschlossen haben werden. Das Konsistorium will zunächst jedoch den Vorwurf prüfen, ob Schnoor in der Tat unerlaubte Beziehungen zu seiner Wirtschafterin unterhalten hat. In den nächsten Tagen wird der Pfarrer hierüber verantwortlich gehört werden. Bis zur Entscheidung über Verfahren ist dem Angeklagten von seiner vorgelegten Dienststelle aufgegeben worden, Zurückhaltung zu üben und vorläufig nicht zu amtieren.

Ein großer Pelzwareneinbruch aufgeklärt.

Vor einigen Tagen wurde in der Unterwasserstraße ein großer Einbruch verübt, bei dem den Diebstahlern für 30 000 Mark erhebliche Teile aller Art in die Hände fielen. Der Verdacht, seine Hand mit im Spiele gehabt zu haben, fiel endlich auf einen 35 Jahre alten früheren Hausdiener Felix Fuhrmann, der in seinen Kreisen aber „Fuhrmann“ genannt wird. Fuhrmann gilt als „Kanon“, der keine Sache „anfacht“, die nicht mindestens 20 000 bis 30 000 Mark wert ist. Kleinigkeiten haben für ihn kein Interesse. Sein Aufenthaltsort ist zurzeit nicht bekannt. Wie die Ermittlungen ergaben, hat er und seine Kolonne die schwere Beute noch in der Nacht auf einen Handwagen zum Werderschen Markt geschafft und hier einem „Vertrauensmann“ übergeben, der Verwalter eines Grundstücks ist, das hauptsächlich Geschäftsräume beherbergt. Bei diesem fand man tatsächlich die wertvollen Sachen in einem

Bodenverschlag versteckt. Die schönen Felle aus der Unterwasserstraße waren in sechs große Säcke sauber und sachgemäß verpackt. Die Diebstahler, die wohl mühten, daß die geringste Beschädigung den Wert beeinträchtigen würde, hatten Pagen von Zeitungspapier dazwischen geblättert. In der Wohnung des Verwalters, eines Otto Dackwig, wurden noch Seidenstoffe und andere Textilwaren gefunden, deren Herkunft noch nicht ermittelt ist.

Gegen die weltlichen Schulen!

Freude des Muffertums über das P. S. K.

Die Eröffnung weltlicher Schulen in den Verwaltungsbezirken Prenzlauer Berg und Friedrichshain rößt auf Schwierigkeiten, die das Provinzial-Schulkollegium (P. S. K.) bereitet. Lange genug haben Schwarzweilrote und Muffert gemüht, das Zustandekommen dieser Schulen zu hintertreiben. Es ist ihnen nicht gelungen, aber sie erleben jetzt wenigstens die Freude, daß vom P. S. K. Einspruch erhoben wird gegen die Herabgabe der von der Schuldeputation ausserordentlichen Schulgebäude, des Schulhauses in der Senefelderstraße für eine weltliche Schule des Bezirks Prenzlauer Berg und des Schulhauses in der Dieckmeyerstraße für eine weltliche Schule des Bezirks Friedrichshain. Welche Gründe das P. S. K. hat, ist nicht ganz klar, doch wäre es dieser Behörde zuzutrauen, daß ihr die Nähe der Kirchen, die zufällig den für die weltlichen Schulen ausserordentlichen Schulgebäude benachbart sind, bedenklich scheint. Es ist ja bekannt, daß in den weltlichen Schulen der „leibhaftige Gottseibeiuns“ sein Wesen treibt, so daß die Kirchgänger daran Anstoß nehmen könnten. In dem Augenblick, wo wir diese Zeilen schreiben, liegt noch kein neuer Beschluß der Schuldeputation vor, doch zweifeln wir nicht daran, daß sie an ihrem ersten Beschluß, die Schulhäuser in der Senefelderstraße und in der Dieckmeyerstraße herzugeben, festhalten wird. Die Eltern werden dann ihre Kinder zum Besuch der weltlichen Schulen herbeiführen und im Übrigen abwarten, wie das Unterrichtsministerium über den Einspruch des P. S. K. entscheidet. Die Verzögerung kann höchstens acht Tage dauern.

Autounfall Henry Fords.

Der amerikanische Autoindustrielle Henry Ford ist das Opfer eines merkwürdigen Autounfalles geworden, mit dessen Aufklärung bereits eine Schar von Detektiven beschäftigt ist. Der Vorfall hat sich folgendermaßen abgepielt: Henry Ford verließ wie gewöhnlich allein in seinem Fordwagen die Fabrikanlagen, um sich nach Hause zu begeben. Zwei Beute in einem Studebaker verfolgten, wie Ford unterwegs bemerkte, seinen Wagen. Als er sich einer schmalen Brücke näherte, beschleunigte er das Tempo, worauf die beiden Verfolger Höchstgeschwindigkeit einschalteten, so daß sie Ford an der Brücke erreichten. Der geschickten Steuerung Fords gelang es, den Verjuch seiner Verfolger, ihn in die Tiefe zu stürzen, zu entgehen. Wieder auf freier Landstraße angelangt, konnte Ford sich jedoch nicht mehr retten, wurde an die Böschung herangedrückt und stürzte mit seinem Auto fünfzehn Fuß tief ab, wobei sich der Wagen überschlug und seinen Lenker unter sich begrub, während die Verfolger verschwanden. Ford lag dann wahrscheinlich eine Weile bewußlos, machte sich später frei und schleppte sich zu einem nahegelegenen Gutshaus, dessen Hauswart ihn aufnahm und sofort die Gattin des Berufsläkters und einen Arzt benachrichtigte. Ford wurde später auf einer Bohre ins Krankenhaus gebracht und dort einer leichten Operation unterzogen. Angeblich soll Ford schon in zwei Wochen wieder hergestellt sein. Die Zeitungen glauben das jedoch nicht. Sie weisen auf das Alter des Patienten hin und stellen fest, daß Ford schwere Quetschungen, einen Rippenbruch und außerdem auch innere Verletzungen davongetragen habe. Die Polizei versucht mit allen Mitteln das Geheimnis zu lüften. Die Anwälte Fords erklärten bereits, beide Verfolger zu kennen. Man nimmt vielfach an, daß der Vorfall mit dem Fordprozeß in direktem Zusammenhang steht.

4. Kreis: Prenzlauer Berg. Kreis Schulgenossenschaft. Donnerstag, den 31. März, abends 7 1/2 Uhr: Großer Protestversammlung im „Hilfsheim“ Döblicher Str. 62 und Bezirksverordneten-Schulhaus Döblicher Straße 64. „Unter Kampf um die weltliche Schule.“ Referenten die Herren Dr. Ohmsh und Schröder. Allen Eltern, welche ihre Kinder zur weltlichen Schule angemeldet haben, wird Erscheinen zur Pflicht gemacht.

Geschäftliche Mitteilungen.

Bei der Firma Geinisch Guttertrag, Wilmersdorf, Ullandsb. 100, beginnt heute ein Ausverkauf auf 3 Tagen in Angeln, Wänders ulm. zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Wir bitten, das Infernal in der heutigen Ausgabe zu beachten.

Max Hecht

Der Tod hat den Genossen Hecht, den Vorsitzführenden des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands, mitten aus seiner Arbeit herausgerissen. Ein aufrechter Charakter, stets bereit, für seine engeren Berufskollegen wie für die Gesamtheit der Arbeiterbewegung sein ganzes Können und Wissen einzusetzen, ist er in Kämpfen und Streben dahingegangen.

Am 23. März 1875 in Berlin geboren, schloß er sich sofort nach Beendigung seiner Lehrzeit seiner Berufsorganisation an. Kurze Zeit später wurde er auch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Als fünfundsiebenzigjähriger wurde er von seinen Berliner Kollegen in die Ortsverwaltung delegiert und wirkte dort ehrenamtlich als Revisor, Schriftführer und Kassierer.

Als die Ortsverwaltung Berlin im Jahre 1907 dazu überging, einen besoldeten Beamten zur Leitung der Geschäfte anzustellen, wurde Max Hecht für diesen Posten ausgerufen. Doch nicht lange stand er an der Spitze der Berliner Ortsverwaltung. Denn die Generalversammlung des Verbandes in Breslau, 1907, wählte ihn zum zweiten Verbandsvorsitzenden. Vom 1. Oktober 1907 bis 1916 hat er diesen Posten verwaltet.

Nach dem Tode des Kollegen Soupe wurde ihm einstimmig von den Kollegen die Leitung des Verbandes übertragen. Ein Jahre hat er die Organisation durch alle Führnisse des Krieges, der Nachkriegszeit und der Inflation hindurchgeführt. Auch der politischen Bewegung hat er sich, soweit es seine freie Zeit nur irgend zuließ, gern zur Verfügung gestellt. In so manchem Wahlkampf hat er mit dem politischen Gegner die Klinge gekreuzt. 1924 wurde er zum Bezirksverordneten im Bezirk Prenzlauer Berg gewählt, und seit 1925 gehörte er auch der Berliner Stadtverordnetenversammlung an.

Die deutsche Arbeiterbewegung verlor in ihm einen rastlosen Kämpfer in ihrem wirtschaftlichen und politischen Befreiungskampf.

Tarifabschluß im Baugewerbe.

Der in längeren Verhandlungen vereinbarte Reichstatarifvertrag für das Baugewerbe ist von allen Beteiligten angenommen worden. Die Regelung der Arbeitszeit bleibt der gesetzlichen Festlegung überlassen. Der Tarifvertrag gilt vom 1. April 1927 bis zum 31. März 1929.

Anfang April begannen die Lohnverhandlungen in den Bezirksverbänden. Nach dem Tarifvertrag sind alle Lohn- und Tarifverträge auf schiedsgerichtlichem Wege zu regeln.

Neue Methoden in der Brauerei Böhlow.

Gegen Arbeiterrat und Gewerkschaften.

Vom Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands, Ortsverein Berlin, wird uns geschrieben: In der letzten Zeit macht sich eine große Unzufriedenheit unter den Arbeitern der Böhlow-Brauerei gegenüber der Direktion bemerkbar. Vergehen kleinlicher Art geben der Direktion Veranlassung, ihren Arbeitern schriftliche Verweise zu erteilen. Im Wiederholungsfall wird unbedingte Kündigung angedroht. Eine Reihe von Betriebsversammlungen hat sich in der letzten Zeit mit derartigen Fällen beschäftigt.

Trotzdem ein tarifwidriges Verhalten der Firma vorlag, wurden vor einigen Tagen wieder eine Reihe von Arbeitern mit Strafanordnung und evtl. Kündigung bedroht. Eine deswegen abgehaltene Versammlung beauftragte den Arbeiterrat mit Hinzuziehung der zuständigen gewerkschaftlichen Organisation (§ 31 des SAG.), mit der Direktion zwecks Beilegung der Differenzen zu verhandeln.

Die Direktion teilte nun mit, daß sie an einer zu Mittwoch einberufenen Sitzung nicht teilnehmen wird, wenn die Vertreter des Verkehrsverbandes und des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter mit hinzugezogen werden. Unterschrieben ist diese Ablehnung von den Herren Direktoren Wild und Schöpe. Der Arbeiterrat hat es unter diesen Umständen abgelehnt, allein mit der Direktion zu verhandeln.

Die Verbände haben zu Sonntag, den 3. April, vormittags 10

Uhr, im Lokal von Bäliner, Schwedter Straße 23, eine Versammlung für alle in der Böhlow-Brauerei Beschäftigten einberufen. In dieser Versammlung soll zu dem eigenartigen Verhalten der Direktion Stellung genommen werden.

Kommunistisches Theater bei den Holzarbeitern.

Die Amsterdamer Richtung beherrscht die Situation.

Die zu Dienstag abend einberufene außerordentliche Generalversammlung der Berliner Holzarbeiter hatte eine sehr reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Es lagen nicht weniger als 42 Anträge vor, über die zu entscheiden war, ob sie an den Bau- bzw. Verbandstag gelangen sollen. Nach einigen einleitenden Ausführungen des Genossen Freigang über die Bedeutung dieser Tagungen und der Aufforderung, Delegierte dorthin zu entsenden, die sich der Aufgaben der Gewerkschaften bewußt und auch gewillt sind, wirklich praktische Gewerkschaftsarbeit zu leisten, nahm der kommunistische Landtagsabgeordnete Fiedel das Wort. Er bezeichnete die einleitenden Ausführungen des Genossen Freigang als sehr mager und verfuhrte nachzuweisen, daß der Verbandstag neben den gewerkschaftlichen und organisatorischen Fragen sich auch mehr mit politischen aktuellen Fragen, wie z. B. dem Faschismus und dergleichen, beschäftigen müsse. Nach der Erwiderung durch Freigang ergriff Fiedel in der Debatte über die Anträge gleich wieder das Wort und propagierte die Annahme der kommunistischen Anträge, in denen u. a. gefordert wird die Einführung des Verhältniswahlsystems bei allen Wahlen im Verbands-, die Bildung und Anerkennung von Erwerbslosenvereinigungen, die Amnestie der politischen Gefangenen (aber nicht auch in Rußland), die Entsendung einer Delegation nach Rußland, die Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftsinternationale, die Ablehnung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, der Austritt der Jugendsektion aus dem Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände usw. Bezeichnend für die fabrikmäßige Herstellung solcher Anträge war es, als Fiedel erklärte, daß die Anträge im Falle der Ablehnung ja in anderen Jahrestellen angenommen werden und somit doch an den Verbandstag gelangen würden. Nach einer sehr ausgiebigen Debatte, in der die Gewerkschaftsmitglieder der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung den Kommunisten die Antwort nicht schuldig blieben, wurden die kommunistischen Agitationsanträge abgelehnt. Die anschließend daran vorgenommene Wahl der Delegierten zum Montag, für die zwei Listen vorlagen, ergab mit großer Mehrheit die Wahl der Amsterdamer Liste. Als Beisitzer und Ersatzleute zum Hauptvorstand wurden ebenfalls durch geheime Abstimmung die Kandidaten der Amsterdamer Richtung vorgeschlagen. Das gleiche Ergebnis hatte die Abstimmung über die Vorschläge für die Mitglieder des Verbandsrates. Für die Delegierten zum Verbandstag wurden gleichfalls zwei Listen aufgestellt, über die in der Urabstimmung entschieden wird.

Der in der Branchenversammlung der Klavierarbeiter angenommene Antrag, daß der Ortsausschuß zum 8. Mai eine Gegendemonstration gegen den Föhlstenaufmarsch vorbereiten und bei dem etwaigen Verbot der Demonstration den Generalkomitee für Berlin ausrufen soll (?) wurde als Material dem Ortsausschuß überwiesen.

Lohnschiebsbruch in der Süßwaren-Industrie.

Die Sektion „Süßwaren- und Genussmittel“ des Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbandes nahm in einer Branchenversammlung den Bericht von der Lohnverhandlung vom 22. März in Dresden entgegen. Heißgold, Mitglied des Zentralausschusses, berichtete, daß die Arbeitgeber nur ein sehr geringes Entgegenkommen zeigten. Eine Einigung konnte in der Lohnfrage nicht erzielt werden. Nach tariflicher Vorfrist mußte der Importeurellische gerufen werden. In diesem Fall fällt Professor Lutz Richter einen Schiedspruch, wonach 3 Proz. Lohnzulage ab 1. April und weitere 2 Proz. ab 1. Oktober als Abgeltung der Inderhöhung sowie des Mietzuschlags zu erfolgen haben. Der Schiedspruch ist bindend für die Löhne bis 31. Januar 1928.

Die Versammlung brachte in der Diskussion sowie in einer Entschließung deutlich ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck. Die minimale Zulage, besonders für Oktober und die lange Bindung bis zum 31. Januar 1928 ist für die Arbeitnehmerschaft untragbar. Es wird von den Arbeitgebern in den kommenden Monaten mehr Verständnis und Entgegenkommen für die Arbeitnehmerschaft erwartet. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde die Kollegen-

schaft der gesamten Süß-, Bad- und Leinwandindustrie aufgefordert, Überstunden zu vermeiden. Die Versammlung beherzigt die Entschließung (siehe „Vormärts“ vom 29. März), der Betriebsräte Groß-Berlins vom Sonntag, den 27. März 1927, und nahm dazu noch folgende Zusatzresolution einstimmig an:

Für die Süßwaren-Industrie sind tariflich 48 Stunden Arbeitszeit wöchentlich festgelegt. Ueber Beginn und Ende der Arbeitszeit, Festlegung der Pausen und die Durchführung der Mehrstunden darf die gesetzliche Betriebsvertretung für die Beurteilung, ob wirtschaftliche Bedürfnisse betr. der Mehrarbeit vorliegen, nicht ausgeschaltet werden.

Demnach ist eine freiwillige Mehrarbeit unzulässig und die Behörden, besonders der Polizeipräsident, werden aufgefordert und gebeten, die Gewerbeaufsichtsämter darauf hinzuweisen, solche Überstunden, die nicht ausdrücklich die Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung haben, weil tariflich unzulässig, zu verbieten bzw. die dagegen verstößenden Arbeitgeber zu bestrafen.

Wieder Feierschichten.

Dortmund, 31. März. (B.Z.) Auf einem großen Teil der Schächte der Harpener Bergbau-L.G. mußten wegen Abwalmangels Feierschichten eingelegt werden. Gestern mußten auf den östlichen Schachtanlagen und heute auf dem größten Teil der Schächte Herne-Langendreer die Bergleute eine Schicht ausfallen lassen.

Tarifkündigung in der Nordwestlichen.

Bochum, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Nach Mitteilung des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben die drei tariffähigen Metallarbeiterorganisationen den Rahmentarifvertrag für die Eisen- und Metallindustrie der nordwestlichen Gruppe, die die Betriebe von Hamm bis Düsseldorf umfaßt, zum 31. Mai gekündigt. Die neuen Forderungen der Gewerkschaften sind noch nicht bekannt und werden erst in einigen Tagen aufgestellt werden. Wie wir erfahren, handelt es sich bei den neuen Forderungen der Gewerkschaften in erster Linie um die Sicherung des Einkommens, dessen Festlegung bereits seit zwei Jahren Gegenstand dauernder Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern war.

Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau.

Bochum, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Von 58 Schächten des Ruhrbergbaues liegen die Ergebnisse der Betriebsratswahlen vor. Es erhielten Stimmen: Freie Gewerkschaften 46 291 Stimmen oder 430 Mandate, Christen 19 601 oder 151 Mandate, Hirsch-Dunker 1038 oder 8 Mandate, Polen 635 Stimmen oder 3 Mandate, Sozialisten 637 Stimmen oder 4 Mandate und Gelbe 1383 Stimmen oder 6 Mandate.

Lohnbewegung der Metallarbeiter in Oberschlesien.

Hindenburg, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Die ober-schlesischen Metallarbeiterverbände haben das Lohnabkommen für die ober-schlesischen Eisenhütten zum 1. Mai gekündigt. Sie fordern eine Ausgleichszulage für die bevorstehende Mieterhöhung, ferner eine Angleichung an die Löhne der niederschlesischen Industrie sowie die Aufhebung der randständigen Entlohnung. Für die Former und Eisenerbeiter wird außerdem eine Sonderzulage verlangt. Da die Arbeitgeber sich bisher geweigert haben, mit den Gewerkschaften Löhne für die Behrlinge zu vereinbaren, wird außerdem die Regelung der Behrlingsbezahlung durch Tarifvertrag verlangt.

Neue Verhandlungen mit den Seeschiffwerften.

Hamburg, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem der Reichsarbeitsminister es abgelehnt hat, den für die Werften gefällten Schiedspruch für verbindlich zu erklären, sind durch Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums neue Verhandlungen zwischen den Parteien auf Freitag, den 1. April, in Hamburg angesetzt worden.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Göttsch; Religion: Dr. John Schlamowitz; Sozial- und Sozialarbeit: Fritz Kerschütz; Kunst: H. Gieseler; Familie in Berlin: Verlag: Vormärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vormärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 66, Lindenstraße 2.

Heute Beginn! Wegen allgemeiner Geldknappheit! Heute Beginn!

Nur 3 Tage! Eine nie wiederkehrende Gelegenheit! Wirklich gediegene! Nur 3 Tage!

Anzüge und Mäntel

mit allerbestem Sitz, zu geradezu fabelhaft billigen Preisen einzukaufen.

Alles unter einer Riesenauswahl von Hunderten Modell-Neuheiten zu

Einheitspreisen zum Ausschauen!

Soweit Vorrat:

Jeder Anzug Größe 38-42, farbig und blau, 1- u. 2-reihig, zum Ausschauen, soweit Vorrat. Mk. 25.-

Besgleichen Größe 38-40, mit Kniehosen. Mk. 15.-

Jeder Herrenanzug alle Größen, auf Wollserge, Rohhaarleinen, Serie I, zum Ausschauen, fabelhaft billig. Mk. 35.-

Jeder Herrenanzug alle Größen, ganz selten, Gelegenheit, besonders gute Qualitäten, Serie II, zum Ausschauen, außergewöhnl. Leistung, Mk. 55.-

Jeder Herrenanzug alle Größen, voller Ersatz für Maß, das Beste vom Besten, Serie III, zum Ausschauen. Mk. 75.-



Die außergewöhnlich große Billigkeit kann man nur beurteilen, wenn man die überaus guten Qualitäten gesehen hat!

Regendichte Mäntel in allen Stoffarten, auch Gabardine, Schlüpfer-, Ullserform, fertig und Maß, sowie Windjacken und alle Arten Hosen ganz besonders billig.

Der weiseste Weg ist mehr als lohnend! G. oben Stofflager, Eleg. Anfertigung m. Garantie l. eil. Preislagen, Werkstatt l. Hause

Heinrich Guttentag

Wilmerdorf, Umlandstraße 103, l. Etg., Eckhaus

Altes Spezialgeschäft in Kamelhaar-Schlaf-Relie-Deden Strickjaden Strifolagen Strümpfen Alles in billigst. Lagerver. Gebrüder Pfannm., Berlin SW, Friedrichstr. 205 (Ecke Rammertstr.)



Mal- u. Zeichen-Bedarf L. Juergens Alexanderplatz

Wie die Presse über uns urteilt

Textil-Ztg. Nr. 71

Modenhäus Regenbogen.

Der Berliner Norden ist durch ein Modenhäus unter dem Namen „Regenbogen“, das in der vergangenen Woche eröffnet worden ist, um ein Geschäftshaus größeren Stils bereichert worden. Wenn auch, wie wir in Nr. 66 unserer Zeitung berichtet haben, das Eröffnungssignal etwas laut war, so hat das Geschäft doch das gehalten, was es in seiner Eröffnungssprache versprochen hat. Helle, geschmackvoll dekorierte Schaufenster und lichte Verkaufsräume geben eine wohlthuende Abwechslung in der etwas eintönigen Müllerstraße.

Berufen Sie sich auf unser Reklameangebot in Herren- und Damen-Konfektion. Müllerstraße 141



Größte Produktion der Welt!